

Sperrfrist: Beginn der Haushaltsrede im Stadtrat

Stadtkämmerer Robert Scheller

Rede  
zur Einbringung des  
Haushaltsentwurfs 2018  
am 19. Oktober 2017

## **"Investieren statt konsumieren"**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Weltbank hat 2017 eine "Ease-of-Doing-Business-Studie" erstellt, die jenseits von Preisen und Finanzkennzahlen die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder anhand der Rahmenbedingungen für Unternehmen untersucht<sup>1</sup>.

Würde man eine "Ease-of-Doing-Business" Studie für Kommunen in Auftrag geben, wäre die Situation für die Stadt Würzburg aufgrund der Rahmenbedingungen eine Gute. Wir hatten einen guten Jahresabschluss 2016, der es uns ermöglichte, nicht nur die allgemeine Rücklage auf EUR 20,6 Mio. zu stärken, sondern auch finanzielle Risiken durch Rückzahlung eines internen Darlehens i. H. v. EUR 6,8 Mio. zu senken, Schulden aus der Entwicklung des Hublands i. H. v. EUR 5 Mio. zu tilgen und eine Rücklagenzuführung i. H. v. EUR 6,3 Mio. vorzunehmen. Möglich war dies v. a. durch mit EUR 15 Mio. deutlich über dem Ansatz liegende Gewerbesteuermehrereinnahmen.

---

<sup>1</sup> <http://www.doingbusiness.org/reports/global-reports/doing-business-2017>

Auch wenn alles dafür spricht, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung noch eine Zeit lang anhält, wird sich Ähnliches für die Stadt im Jahr 2017 nicht wiederholen lassen. Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer wie in 2016 können in diesem Jahr nicht erzielt werden. Vielmehr können wir froh sein, wenn wir den Haushaltsansatz von EUR 89 Mio. erreichen, was in den letzten Wochen, anders als zur Mitte des Jahres, als eine Vielzahl von Rückzahlungen und Absenkungen der Vorausleistungen das Planziel deutlich gefährdeten, wieder wahrscheinlicher geworden ist. Wir merken hier aber, dass mit diesen Ansätzen ein gewisser Widerstand, wenn auch auf einem vor Jahren noch nicht möglich geglaubten Niveau erreicht wurde. Der Ansatz von EUR 89 Mio. bleibt daher für das Haushaltsjahr 2018 unverändert.

Dennoch stimmen für das Haushaltsjahr 2018 die Analysen der Bundesregierung und der Deutschen Bundesbank optimistisch. Danach befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem soliden Aufschwung und wird ihren kräftigen Expansionskurs auch im 3. Quartal 2017 fortsetzen<sup>2</sup>. Die Bundesregierung hat ihre Herbstprognose für das Wirtschaftswachstum (Prognose Bruttoninlandsprodukt) in 2017 mit 2 % nach oben angepasst und ist damit mit anderen Analysten wie z. B. der BayernLB mit 2 %<sup>3</sup> oder der Helaba mit 2,1 %<sup>4</sup> gleichgezogen. Gründe sind vor allem die hohe Industrieproduktion, ein Baugewerbe, das durch die Knappheit am Wohnungsmarkt und auch vermehrte öffentliche Infrastrukturausgaben stark belebt ist, sowie die hohen privaten Konsumausgaben, die durch steigende Realeinkommen und eine zunehmende Beschäftigung ausgelöst sind.

Nichts deutet derzeit darauf hin, dass sich dieses Wachstum in Deutschland deutlich abschwächt. Die Gemeinschaftsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie der beiden genannten Landesbanken lauten unisono auf eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,8 %, die der – eigentlich immer etwas zurückhaltenderen – Bundesregierung sogar auf optimistische 1,9 %.

---

<sup>2</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht 10-2017, II. Wirtschaftliche Lage, S. 4; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 2017, 69 Jahrgang, Nr. 9, S. 5.

<sup>3</sup> Bayerische Landesbank - BayernLB, Perspektiven, Auf dem Weg zu dauerhafter Vergemeinschaftung, September 2017

<sup>4</sup> Hessische Landesbank - Helaba, Konjunktur Kompakt, 5. Oktober 2017, S. 2

Erwartet wird zudem, dass Geld weiterhin billig bleibt. Auch wenn die EZB ihr Anleihekaufprogramm, das sog. Quantitative Easing, das bei ihr zu einer Bilanzsumme von über 4 Billionen EUR geführt hat, wohl demnächst zurückfahren wird, bleibt der Druck der immer noch hoch verschuldeten EU-Länder aufrechterhalten, die Leitzinsen auch nach dem Ende der Anleihekäufe noch lange auf einem niedrigen Niveau zu belassen. Dies ist natürlich auch gut für unser Kreditportfolio.

Auch der Arbeitsmarkt, der sich im September für die Stadt Würzburg mit einer Arbeitslosenquote von 3,9 %<sup>5</sup> darstellt, und damit mit nochmals 0,4 % niedriger als im Vorjahresmonat, und deutlich niedriger als im Bund mit 5,5 %, ist weiterhin stabil. Auf diesem niedrigen Niveau wird für die nächsten Monate von einer Seitwärtsbewegung ausgegangen<sup>6</sup>.

Ein positives Wachstumsszenario gilt auch für den Euroraum, denn auch die EZB hat ihre Wachstumsprognose in der Septembersitzung für 2017 auf 2,2 % angehoben. Der Wirtschaft in der Währungsunion geht es gut und das Wachstum gewinnt an Breite. Es ist zu hoffen, dass dieser Aufschwung in der Zukunft nicht durch weitere separatistische Tendenzen, wie etwa in Großbritannien, Ungarn oder jüngst dem sehr besorgniserregenden Regionalkonflikt zwischen Katalonien und Spanien gebremst wird.

Sehr erfreulich läuft die Einkommensteuer, wo wir dieses Jahr mit Einnahmen von EUR 71 Mio. gerechnet haben. Das Rechnungsergebnis wird mit voraussichtlich EUR 75 Mio. höher liegen, was uns veranlasst hat, den Ansatz für das Jahr 2018 auf EUR 78 Mio. heraufzunehmen.

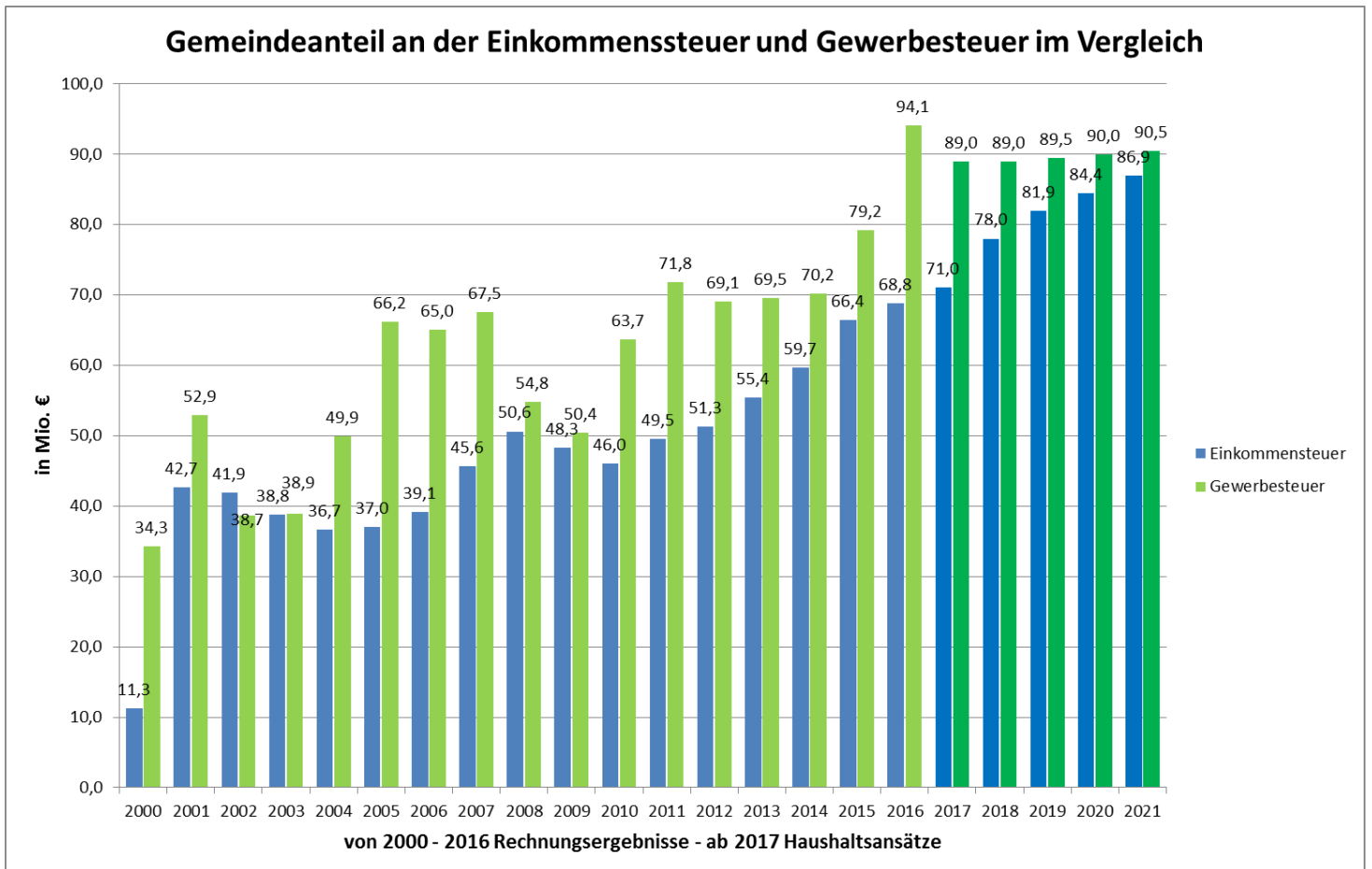
Bei unseren Annahmen in der mittelfristigen Finanzplanung zeigt sich, wie auf der Graphik dargestellt, dass auch in Würzburg das Einkommensteuer- dem Gewerbesteueraufkommen in durchaus absehbarer Zeit gleichziehen kann. Dies

---

<sup>5</sup> Bundesagentur für Arbeit, Statistik, Arbeitsmarkt im Überblick, Jobcenter Stadt Würzburg

<sup>6</sup> Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 2017, 69 Jahrgang, Nr. 9, S. 7

zeigt einmal mehr die Stetigkeit und Bedeutung dieser Einnahmenquelle sowie die Wichtigkeit unserer Bemühungen, Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen, zu halten und die Wohnflächenentwicklung nachhaltig und ökologisch vertretbar weiter zu betreiben.



Eine weitere Entlastung wird sich bei der Umsatzsteuer ergeben. Denn ab dem Jahr 2018 wird die Entlastung der Kommunen, insbesondere für die flüchtlingsbedingten Sozialleistungen deutlich zunehmen. Von den zugesagten EUR 4 Mrd. werden EUR 2,76 Mrd. über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer an die Kommunen fließen, was sich für uns mit einem Ansatz 2018 von 18,0 Mio. und damit mit einer Steigerung um EUR 3,8 Mio. bemerkbar macht.

Zusätzlich fließt eine weitere Milliarde, die sog. Ländermilliarde, den Ländern zu. Auf Bayern entfallen EUR 156 Mio. Nach den Verhandlungen über den Finanzausgleich

erfolgt die Verteilung über die Schlüsselzuweisungen, was für uns einen Effekt i. H. v. voraussichtlich EUR 1,5 Mio. hat.

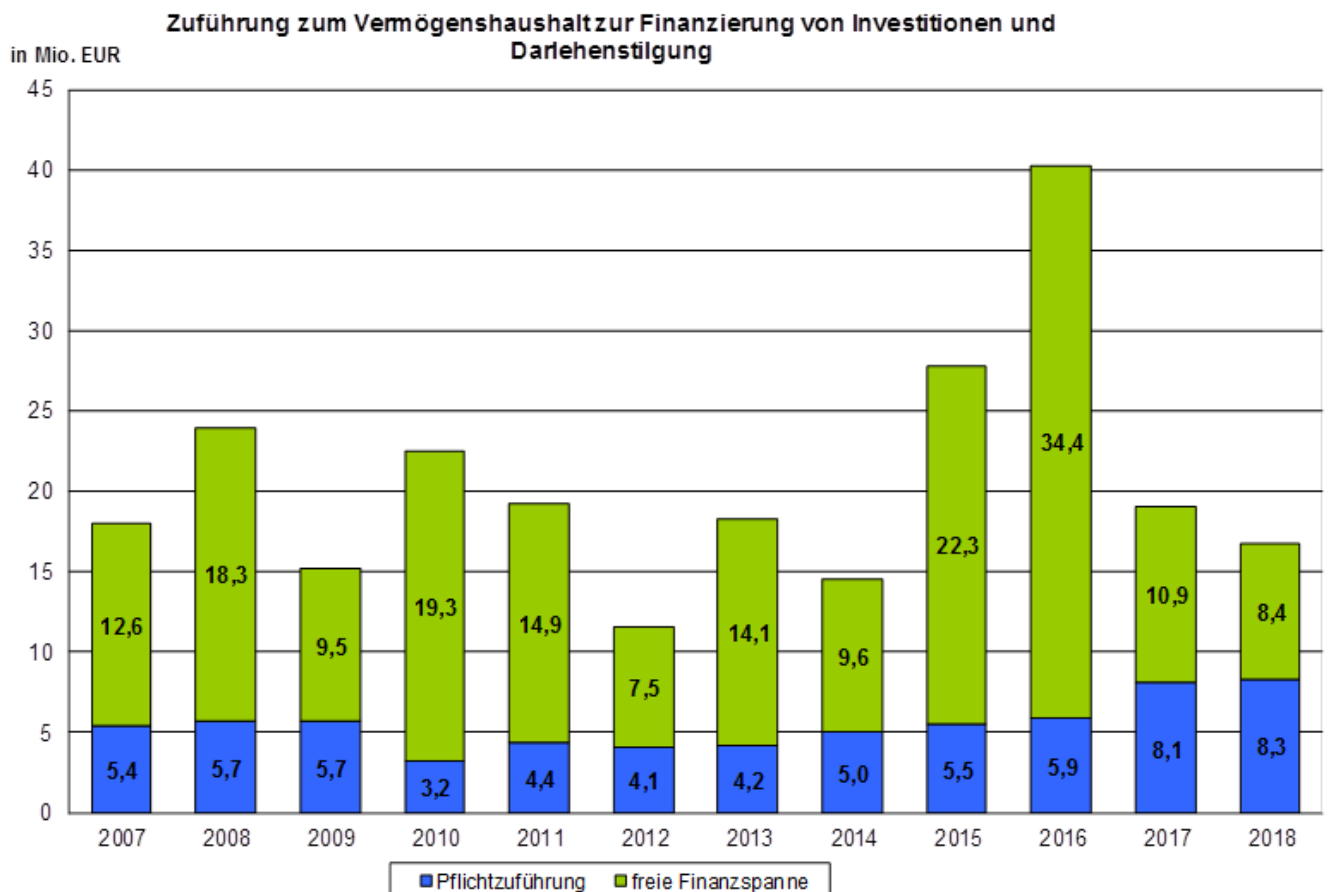
Diese Stärkung lässt aber nicht übersehen, dass sich die Schlüsselzuweisungen für den Haushalt 2018 um grundsätzlich rund EUR 3 Mio. reduzieren. Grund ist das sehr gute Basisjahr 2016. Aufgrund der Neuprogrammierung der Bevölkerungsstatistiken für den Bund und die Länder können die Einwohnerzahlen zum 31.12.2016 erst sehr viel später ermittelt werden, so dass wir mit den endgültigen Zahlen für die Schlüsselzuweisungen wahrscheinlich erst Mitte/Ende Januar 2018 rechnen dürfen. Dies ist durchaus eine Unwägbarkeit für den nächstjährigen Haushalt.

Auch wenn es gelungen ist, in diesem Jahr einen Kontrapunkt bei der Neuschaffung von Stellen zu setzen, in dem die in den letzten 8 Jahren durchschnittlich neu geschaffenen 16,68 Stellen pro Jahr auf 3,80 reduziert werden konnten, bereiten die hohen Personalausgaben erneut Kopfzerbrechen. Denn die Anzahl der Stellen ist keinesfalls ausschließlich maßgeblich für die Entwicklung der Personalkosten. War bei diesen bereits von den Haushaltsjahren 2016 auf 2017 eine Steigerung von gut EUR 4 Mio. und damit um 3 % eingeplant, mussten wir aufgrund der Tarif- und Besoldungssteigerungen den Ansatz 2018 um weitere EUR 4,8 Mio. und damit um 3,5 % erhöhen. Nicht nur, aber auch aufgrund unserer vielfältigen kommunalen Schullandschaft haben wir im Vergleich der kreisfreien Städte Frankens eine hohe Personalbelastung und hatten auch eine der höchsten Kostensteigerungen in den letzten Jahren zu verzeichnen.

Eine konsequente Aufgabenkritik und der Vorsatz, nur noch zwingend notwendige oder sich refinanzierende Stellen zu schaffen, haben die internen Stellenplanberatungen geprägt. Dies muss auch der Kurs in der Zukunft sein. Trotzdem wird es immer wieder die Notwendigkeit geben, aufgrund von hinzukommenden Aufgaben oder Gesetzesänderungen neue Stellen zu schaffen. Im nächsten Haushaltsjahr stellen die Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand, ein Steuermonstrum ohne produktiven Nutzen, die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses, das Prostitutionsschutzgesetz oder die für das

Gartenamt nach der Landesgartenschau zukünftig zu pflegenden 26 ha Parkfläche solche Notwendigkeiten dar.

Um durch Investitionen Wachstumskräfte stärken, unsere Infrastruktur besser instand halten und neue Projekte angehen zu können, ist es sehr wichtig, dass wir unsere laufenden konsumtiven Ausgaben im Griff behalten. Wir müssen investieren statt konsumieren. Dass dies schwieriger ist denn je, zeigt die Höhe der Zuführung, die mit voraussichtlich EUR 16,7 Mio. angesichts des Volumens unseres Verwaltungsaushalts von derzeit EUR 438 Mio. eigentlich nicht hoch genug ist, um den investiven Bereich nachhaltig zu stärken.



Dies gilt z. B. für den Ausbau der Kinderbetreuung und die Sanierung unserer Schulen. Ich habe immer gesagt, dass sich die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, für die die Kommunen zuständig sind, nicht besser ausdrücken können als in der Frage, wie eine Stadt die Bildung und Betreuung von Kindern und

Jugendlichen regelt. Und hier geht die Rechnung von Investitionen und Wachstumskräften auch auf. Sicherlich hat die konsequente Investition in die Kinderbetreuung zur Gewährleistung des Rechtsanspruchs für 0-3 jährige auf einen Krippenplatz dazu geführt, dass sich die Geburtenquote in Würzburg seit 2013 von 8,4 auf 9,5 erhöht hat. Dies macht wiederum weitere Investitionen notwendig, zu denen wir auch stehen. Unverständlich ist allerdings, dass in einer subsidiären Struktur, die immanent auf die Kräfte der Träger selbst setzt und diese auch einfordert, eine Förderquote von 100 % bei Neu-, Erweiterungsbauten und Sanierungen, die die höchste Förderquote in Bayern darstellt, trotzdem noch - freundlich ausgedrückt - zu die Realität verkennenden Nachforderungen führt, was auch mit einer gewissen Maßlosigkeit bezeichnet werden kann.

Ein wichtiger Schwerpunkt für die Haushaltsplanung wurde durch den Beschluss zum Schulinvestitionsprogramm aus dem Februar gesetzt. Allerdings wäre es ein Trugschluss zu glauben, dass sich das geplante Investitionsvolumen von EUR 300 Mio. linear auf die 15 Jahre verteilt. Wir werden hier Modulationen dieser Summe erleben. Die großen Finanzierungsbedarfe werden erst bei den großen Maßnahmen kommen und eben nicht linear. 2018 ist geprägt vom Anschub und der Planung vieler Projekte und von der Weiterführung des Programms zur Umsetzung der offenen Ganztagschule (OGS) und der Fortführung der Maßnahmen nach dem Kommunalinvestitionsprogramm (KIP). An der Max-Dauthendey-Schule werden Schwerpunkte gesetzt bei der Sanierung des Schwimmbads zur Mensa, an der Franz-Oberthür-Schule zur Umsetzung der Industrie 4.0. sowie dem Umbau der Lehrrestaurants und der Küchen. Fortgeführt werden die Erweiterungsbauten an der Mönchberg-Schule und am Wirsberg Gymnasium, die Sanierung der David-Schuster-Realschule sowie die Errichtung des Nordbads an der Wolfskeel-Schule, wo wir unter Beteiligung des Landkreises Würzburg nicht mehr mit EUR 6 Mio., sondern mit EUR 7,15 Mio. Investitionsvolumen planen. Der Finanzierungsbedarf wird sich aber dann schlagartig erhöhen, wenn die angestoßenen und projektierten Maßnahmen zur Umsetzung gelangen. Sobald einigermaßen belastbare Kosten vorliegen, müssen diese auch in der mittelfristigen Finanzplanung nachgezogen werden.

Im Schulbereich werden wir hoffentlich wie vom KIP I auch vom KIP II profitieren, das mit EUR 293 Mio. für Bayern um EUR 4 Mio. höher dotiert ist, als das KIP I und das ebf. Förderquoten bis zu 90 % vorsieht. Vom KIP I haben wir als Stadt i. H. v. EUR 4 Mio. profitiert, ähnlich dürfte die Erwartung beim KIP II liegen. Darauf müssen wir haushalterisch zur richtigen Zeit reagieren, auch wenn die genaue Verteilung noch nicht geregelt ist.

Ein klarer Entwicklungsschwerpunkt des Haushaltes 2018 und der mittelfristigen Finanzplanung wird im Bereich des Hauptbahnhofs liegen. Für die Neuerrichtung des Quellenbachparkhauses ist, nach Erwerb der dazu notwendigen Grundstücksfläche vom Bundeseisenbahnvermögen in diesem Jahr und gemäß der getroffenen Vorvereinbarungen die Abfinanzierung mit einem Volumen von EUR 6,2 Mio. ab 2018 vorgesehen. Dies ist eine rentierliche Investition, da die für die Stadt dort entstehenden 400 Stellplätze eine dauerhafte Einnahme für unseren Haushalt darstellen werden.

Auch die Errichtung der Bahnhofspavillons ist weiterhin vorgesehen, allerdings erst nach der Landesgartenschau und ab dem Haushaltsjahr 2019 in einem reinen Mietmodell. Dies ist der letzte Planungsstand mit der Deutschen Bahn, mit der ein bis auf wenige nebensächliche Details ausverhandelter Mietvertrag über 20 Jahre plus Verlängerungsoption vorliegt. Auch hier handelt es sich um eine rentierliche Investition.

In den letzten Wochen haben wir in den Gremien und in der Öffentlichkeit viel über eine Multifunktionshalle, die einen wichtigen neuen Stadtbaustein im Bahnhofsumfeld darstellt, diskutiert. Sie wird uns in den Haushaltsberatungen beschäftigen, da mit einer Mitteleinplanung in den nächsten Jahren ein Signal gesetzt wird, uns als Stadt zu beteiligen und die Verhandlungen über eine Finanzierungsbeteiligung zügig zum Abschluss zu bringen. Es besteht hier die große Chance, mit einer Stiftung als einer nachhaltigen Rechtsform und bei klarer Trennung des Betriebs von einer - mit viel privatem Geld - finanzierten Investition, einen langgehegten städtebaulichen Wunsch zu verwirklichen. In einer solchen Situation wäre es wohl ignorant, Privatleuten, die



bereit sind, einen zweistelligen Millionenbetrag einzubringen, die kalte Schulter zu zeigen und nicht mit Energie an der Umsetzung dieses Projekts zu arbeiten. Wir dürfen uns von einer solchen Halle, in der man wesentlich mehr als nur eine Ballsportart treiben kann, einen erheblichen Attraktivitätsvorteil und einen weiteren positiven Standortfaktor für unsere Stadt versprechen.

Am Hubland geht die auf EUR 4 Mio. gestiegene Sanierung des Towers weiter, in dem mit der als "drittem Ort" gestalteten Stadtteilbibliothek und dem Ideenlabor des Zentrums für digitale Innovation (ZDI) ein weiterer Höhepunkt der Konversion gesetzt wird. Gleichzeitig wird das im Bau befindliche Gründerlabor des ZDI im Jahr 2018 vollendet werden. Ich bin mir sicher, dass dies die absolut richtige Investition in Wachstum und Fortschritt für unsere Stadt darstellt. Denn bei der eingangs erwähnten Studie der Weltbank wird deutlich, dass sich das Ease-of-doing-business auch dann negativ verändert, wenn man sich selbst gar nicht so sehr verschlechtert, aber die Anderen die Rahmenbedingungen für Innovation und Unternehmen verbessern. Wir verbessern diese für die Gründer- und Innovationsszene durch das ZDI in einem äußerst zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig.

Ebenso freut mich, dass im nächsten Jahr mit einem entsprechenden Haushaltsansatz die Planungen am Hubland für das Gebäude 13 und die Sporthalle weitergehen, in denen in den folgenden Jahren ein höchstmöglich vernetztes Zentrum für Bildung, Jugend, Sport und Kultur entstehen soll.

Eine Ernte der Anstrengungen der letzten Jahre, auch finanzieller Natur, dürfen wir hoffentlich mit der am 12. April 2018 beginnenden Landesgartenschau einfahren. Auf dem Hubland wurden über die Jahre ca. EUR 18 Mio. investiert, um diesen Stadtteil für die LGS und darüber hinaus zu prägen. Bereits diese Gestaltung ist ein großer Erfolg, ich möchte Sie aber alle bitten, für die LGS und vor allem für den Kartenverkauf kräftig Werbung zu machen, so dass auch die eigentliche "Schau", die ein Budget von EUR 13,4 Mio. zu bewirtschaften hat, ein Erfolg wird.

Im letzten Jahr hatten wir im Rahmen der Haushaltsberatungen auch lange über die aufgrund des Jahresabschlusses 2015 drohende Ausgleichsverpflichtung zugunsten des WVV Konzerns diskutiert. Dazu ist es aufgrund des positiven Jahresabschlusses 2016 nicht gekommen. Zurzeit besteht aufgrund der Prognosen die Gefahr einer solchen Ausgleichsverpflichtung nicht. Auch 2017 ist nach bisherigem Stand davon auszugehen, dass die positiven Konzernziele erreicht werden.

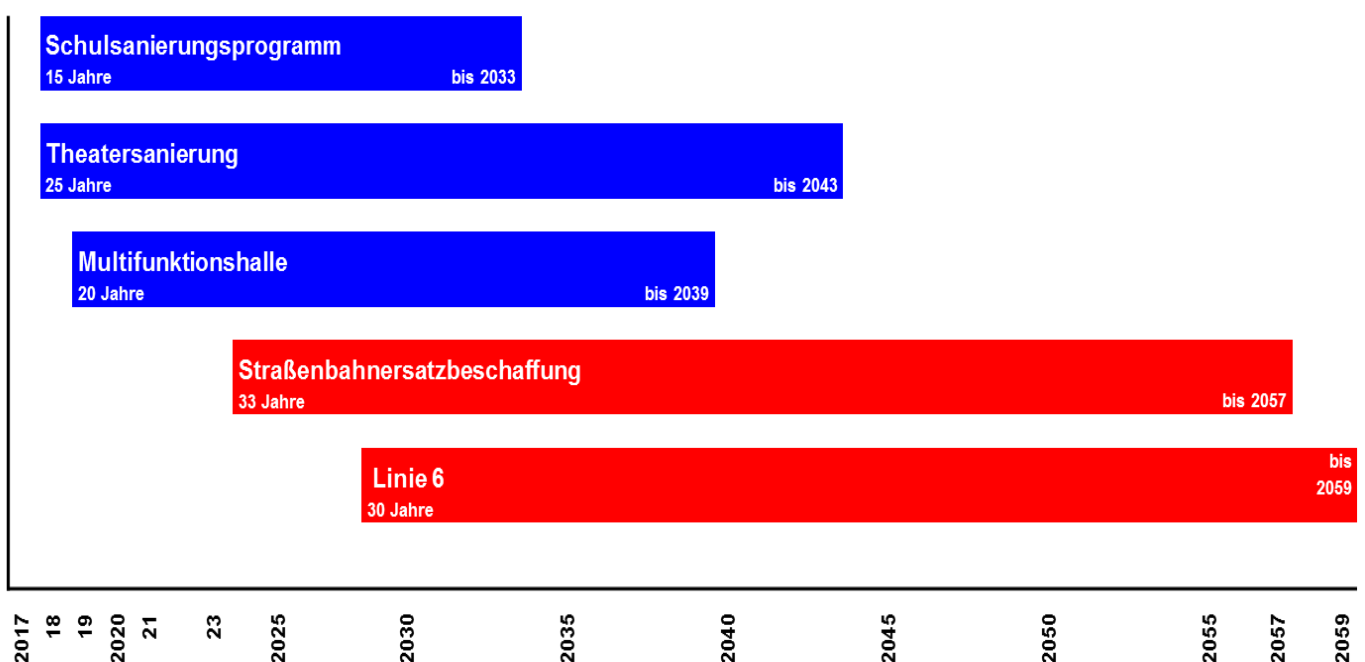
Der Konzern wird die bereits angegangenen Investitionsprojekte Ersatzneubau des Nautilands und Linienenerweiterung 1/5 ins Grombühl noch alleine schultern können. Auch wenn viel von einer optimalen Förderkulisse abhängt, wird dies bei weiteren Vorhaben wie der Ersatzbeschaffung von Straßenbahnwägen und der Linienenerweiterung ins Frauenland kaum mehr möglich sein. Und bei einer Reihung der Prioritäten muss man hier ganz nüchtern feststellen, dass die schlechter geförderte Ersatzbeschaffung von Straßenbahnfahrzeugen, die in ihrer ersten Tranche ein Investitionsvolumen von EUR 65 Mio. aufweist, eindeutig Vorrang hat. Es geht hier schlicht und ergreifend um die Funktionsfähigkeit des jetzigen Netzes und um die Frage, ob wir einige Stadtteile überhaupt noch anfahren können. Sie werden mir sicherlich Recht geben, dass ein Straßenbahnnetz, auf dem keine Züge fahren, seinen Zweck verfehlt. Dem nachgeordnet ist die Linie ins Frauenland mit einem Investitionsvolumen von schätzungsweise EUR 120 Mio., auch wenn sie sich bestimmt positiv auf die Luftreinhaltung und das Mikroklima der Stadt auswirken wird. Zwar hat die Linie bei einer in Aussicht stehenden Fahrzeugförderung, die bislang noch nicht eingeplant war, deutlich mehr Aussicht auf Realisierung - bei beiden Vorhaben wird aber nach heutigem Stand der Dinge eine Ausgleichsleistung des Gesellschafters Stadt Würzburg notwendig sein. In dem Fall der Ersatzbeschaffung möglicherweise ab 2024, im Fall der Linie ins Frauenland evtl. ab 2029, wenn nach optimistischem Projektfortschritt die erste Abschreibung anfällt, aus der die Tilgung des aufgenommenen Fremdkapitals geleistet werden muss.

Dies lässt mich meinen Blick auf die mittel- und langfristige Finanzplanung werfen. Denn wir sind jetzt in einer Zeit, in der die Kamele gereiht vor dem Nadelöhr stehen oder bereits hindurchgeführt werden, bzw. dies unmittelbar bevorsteht. Wenn ich hier nur die langfristigen und die realistischsten betrachte, dann sind dies das

Schulsanierungsprogramm mit einer Laufzeit von 15 Jahren, die Theatersanierung mit 25 Jahren, die Multifunktionshalle mit mind. 20 Jahren Laufzeit, die beiden Tranchen der Ersatzbeschaffung Straßenbahnen mit insgesamt 33 Jahren Laufzeit und vielleicht eine Linie ins Frauenland mit mind. 30 Jahren Laufzeit. Diese Projekte werden alle den städtischen Haushalt aus heutiger Sicht über Jahrzehnte mit hohen Beträgen binden.

Wir schaffen damit Fakten und setzen damit Ausgabepositionen, die wir durchhalten müssen und die wir bei wegbrechenden Einnahmen nicht ohne weiteres korrigieren können. Darüber hinaus muss aber der Haushalt auch immer gewappnet sein, die Mehrungen bei den Ausgabeansätzen bereits begonnener Projekte zu verkraften. Der Haushalt 2018 ff. muss gegenüber dem Vorjahr mit einer Erhöhung der Ansätze von EUR 15,7 Mio. für Gesamtkosten von Maßnahmen, die innerhalb von kürzerer Zeit abfinanziert werden müssen, planen. Eine langfristige Mittelbindung kann daher nicht so weit gehen, dass uns dies jeglichen haushalterischen Gestaltungsspielraum raubt. Welche zeitliche Überlappung nur der wichtigsten Projekte in der Zukunft Druck auf den städtischen Haushalt ausüben wird, zeigt die folgende Graphik.

## Belastung des städt. Haushalts



Wie bereits erwähnt, wird es sehr wichtig sein, die laufenden Ausgaben im Griff zu halten. Nur wenn wir nicht zu viel konsumieren, was sicherlich an vielen Stellen immer wieder wünschenswert erscheint, können wir die Investitionen auch weiterhin auf hohem Niveau halten. Würzburg ist in seinem Gefüge eine intakte Stadt mit vielfältigen Angeboten, der Schwerpunkt liegt in den Investitionen und es ist wichtig, diese kontinuierlich zu tätigen. Unsere über 1300 Jahre alte Stadt hat einen Lebenslauf, der weit über einzelne Wahlperioden des Stadtrates oder Amtszeiten hinausgeht.

Kontinuität in der Investition ist auch deshalb notwendig, weil nur so gewährleistet ist, dass wir die bereitgestellten Mittel auch in Vorhaben umsetzen können. Weil wir nur so stetige Impulse für die Wirtschaft aussenden können und Markt- und Preisübertreibungen wie derzeit, ausgelöst von zu hoher Nachfrage, durch viele Förderprogramme und zu viel privates Kapital, verhindert werden können.

Marcus Tullius Cicero ist der Satz zugeschrieben: "Sparsamkeit ist eine gute Einnahme". Recht hat er. Auch bei weiterhin günstigen öffentlichen Finanzen sollte eine kommunale Haushaltspolitik den Konsum zügeln und moderat expansiv ausgerichtet sein. Nur so ist nachhaltiges Wachstum möglich. Insofern steckt in der Schuldenbremse, die ab 2020 auch für die Kommunen gilt, eine große Chance. Denn diese ermutigt eben dazu, in wirtschaftlich guten Zeiten zu konsolidieren und einen Spielraum für schlechte Zeiten und für die Schuldentilgung zu schaffen. Für eine Rückführung von Schuldenquoten sprechen die in den letzten Sitzungen erörterten Versorgungslasten und die schon allein demografisch bedingten Steigerungen bei den Soziallasten. Auch darf man sich angesichts der derzeit günstigen Zinssituation nicht über die dauerhaften Belastungen der eigenen Verschuldung hinwegtäuschen lassen. Entschuldung ist die beste Vorsorge gegen künftig wieder steigende Zinsniveaus und eine gute Bonität aufgrund geringer Schulden kann in einem Zirkelschluss bares Geld wert sein, da nicht auszuschließen ist, dass sich auch Kommunen in Zukunft einem Rating unterziehen müssen und die Leverage Ratio der Kreditinstitute deren Handlungsmöglichkeiten begrenzt.

Dies erinnert an den Satz von Oscar Wilde: "Gute Vorsätze sind wie Schecks, die Menschen auf eine Bank ausstellen, bei der sie kein Konto haben." Der Jahresabschluss 2016 hat gezeigt, dass wir zur Tilgung und zur Reduzierung finanzieller Verpflichtungen willens und in der Lage sind. Und auch wenn wir im Haushaltsjahr 2018 aufgrund der vielen Investitionsnotwendigkeiten planmäßig keine Sondertilgung vornehmen können, müssen nicht einmal für die Konversionsmaßnahme Hubland Schulden aufgenommen werden. Wir planen eine Netto-Neuverschuldung von echt EUR 0,00 und nutzen weiterhin den Spielraum aus guten Jahresabschlüssen für die Tilgung von Schulden.

Für eine Schadenersatzforderung im Zusammenhang mit der Sanierung der Tiefgaragen am Heuchelhof müssen wir allerdings auf die allgemeine Rücklage i. H. v. EUR 3,4 Mio. zurückgreifen. Genau dafür haben wir die Rücklage aber auch gebildet. Wir hatten also bei der "Bank der guten Vorsätze" sehr wohl ein Konto eröffnet.

Es wird Ihnen ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt, worüber ich mich freue und wofür ich zuvorderst allen Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei danke, die engagiert und zuverlässig seit dem Sommer daran gearbeitet haben. An der Spitze sind dies Frau Monika Hecht und Ulrike Maihofer sowie Frau Herbert, Frau Brand, Herr Kemmer, Herr Hess und Herr Schmitt. Ein besonderer Dank auch an unser bewährtes Vorzimmer mit Frau Stephanie Langer und Frau Corinna König. Es ist eine Freude und eine Ehre zugleich, mit einem solch erfahrenen und versierten Team arbeiten zu dürfen. Vielen herzlichen Dank!!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele von Ihnen wissen, dass für mich zwischen der heutigen Haushaltsrede, den Fraktionsklausuren und den Haushaltsberatungen eine Zeit liegt, die ich seit vielen Jahren mit meinen Kindern in Israel verbringe. Der Weg ans Tote Meer führt uns von Tel Aviv in den Süden des Landes, nahe an den Gaza-Streifen. Ausflüge, wenn es die Lage erlaubt, gelegentlich auch nach Jerusalem. Ein bibelfester Freund und Kollege, der liebe Thomas Schmitt, wies mich darauf hin, dass das Buch der Bücher

in der Apostelgeschichte eine genau in dieser Region spielende Szene erzählt, in der es um einen Kämmerer geht. Es ist wohl der einzige Kämmerer, der in der Bibel erwähnt ist. Der Kämmerer aus Äthiopien zieht von Jerusalem in Richtung Gaza und trifft dort den Apostel Philippus, mit dem er die Schrift auslegt, der ihm das Evangelium predigt und der ihn am Ende tauft. Als sie gemeinsam aus dem Wasser aufsteigen, verschwindet Philippus und ward vom Kämmerer nicht mehr gesehen. Dies änderte aber die gute Stimmung des Kämmerers nicht, denn dieser, so die Bibel, "zog aber seine Straße fröhlich" dahin.

Da ich nicht für mich in Anspruch nehme, Ihnen das Evangelium zu predigen, sondern mit Ihnen sachlich, fair und kollegial den Haushalt zu diskutieren, Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger in Zahlen zu gießen und damit Weichen für mehr als das nächste Jahr stellen, hoffe ich, dass ich nach dem Satzungsbeschluss, wenn wir also gemeinsam aus den tiefen Wassern der Haushaltsberatungen aufgestiegen sind, meiner Straße fröhlich dahinziehen kann.

Bis dahin freue ich mich auf die gemeinsamen Diskussionen, das Ringen und den Ausgleich mit Ihnen.

Würzburg, 19. Okt. 2017

Robert Scheller

Finanz- und Personalreferent